



ABGEHÄNGT



Etwa 13 Millionen Menschen in Deutschland sind arm. Die Gruppe ist so groß – sie könnte politisch enormen Einfluss haben. Doch viele von ihnen gehen nicht wählen. Glauben sie noch an die Demokratie?

Von Judith Bauer

Mario Linn ist zu Hause geblieben. Am Montag nach den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz sitzt er auf dem Sofa in seiner Pirmasenser Wohnung. In der Küche läuft die Kaffeemaschine. Auf einem Schränkchen liegt noch die Wahlbenachrichtigung. »Vielleicht hätte ich doch wählen sollen?« Mario Linn ist Hartz-IV-Empfänger und kann sich nicht daran erinnern, jemals bei einer Landtags- oder Bundestagswahl ins Wahllokal gegangen zu sein.

Linn gehört zu einer großen Gruppe von Nichtwählern. Insgesamt waren es in Rheinland-Pfalz diesmal mehr als ein Drittel der Wahlberechtigten. Und viele von ihnen sind arm. Der letzte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung stellte fest, dass arme Menschen deutlich häufiger Wahlen fernbleiben als Menschen mit hohem Einkommen. »Je prekärer die Lebensverhältnisse, desto geringer ist die Wahlbeteiligung«, hieß es vor einigen Jahren auch in einer Studie der Bertelsmann-Stiftung.

Prekär? Mario Linn findet seine Lebensverhältnisse ganz in Ordnung. Er ist vierzig Jahre alt und wohnt mit seiner Partnerin in einer penibel aufgeräumten Zweizimmerwohnung. Sie leben von 1500 Euro im Monat, die sich zusammensetzen aus seinem Arbeitslosengeld und ihrem Lohn. Neulich hat er sich hochwertige Sneakers gegönnt, für siebzig Euro. Luxus. »Im Moment bin ich froh über mein Leben«, sagt er. Er stehe jeden Morgen gerne auf, denn er werde auf der Arbeit gebraucht.

In der *Kirchbergwerkstatt*, einem gemeinnützigen Betrieb für Menschen in schwierigen Lagen, schleppt Linn Möbel. Seit Kurzem hat die Werkstatt wieder auf, davor war sie im Corona-Lockdown. Wochenlang war der Vierzigjährige deshalb zu Hause, wo den ganzen Tag der Fernseher lief, ein Nachrichtenkanal. Mario Linn ist über die lokale Corona-Politik gut informiert. Dass kurz vor dem Wahltermin Lockerungen



Zuversichtlich: Mario Linn hofft auf eine Festanstellung



Lange arbeitslos: Ilona Dausmann jobbt ehrenamtlich

FOTOS: SEEBALD

Pirmasens in der Pfalz:
Hier stehen viele Häuser leer



» Von der Corona-Politik fühlt man sich doch veräppelt

Mario Linn

verkündet wurden, hat ihn verärgert. Er befürchtet, dass dadurch die Zahl der Angesteckten zunimmt und die Geschäfte und seine Werkstatt bald wieder schließen müssen. »Da fühlen sich die Leute doch veräppelt!«

Den Verantwortlichen misstraut er – ein Grund, warum er nicht zur Wahl gegangen ist. »Es war sowieso klar, dass Malu Dreyer gewinnt«, sagt er. Eigentlich hätte er gerne gegen die SPD-Politikerin gestimmt, aber wo hätte er sein Kreuz machen sollen? Er sieht keine Partei, für die es sich lohnen würde, zur Wahl zu gehen. Gibt es keine Partei, die seine Interessen vertritt?

Eine wachsende politische Ungleichheit diagnostiziert der Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge in Deutschland: »Die Armen werden politisch nicht vertreten. Wenn sie diese Erfahrung über einen langen Zeitraum machen, ziehen sie sich zurück.« Politik werde vor allem für Bessergestellte gemacht, so deren Erfahrung. Beispiel Corona-Bonus für Hartz-IV-Empfänger: Im Mai erhalten sie diesen erstmals. Unternehmen und Selbstständigen griff die Regierung viel früher unter die Arme. Das verstärkte bei manchen den Eindruck, dass sich niemand für sie interessiere.

ARMUT ALS ABSCHRECKUNG

Butterwegge ist besorgt. Arme Menschen hält er für dreifach diskriminiert: ökonomisch, weil sie vom Konsum ausgeschlossen seien, sozial, weil sie als Faulenzer diffamiert würden, und politisch, weil sie in die Wahlabsistenz gedrängt würden. Wenn aber eine große Bevölke-

rungsgruppe dauerhaft unterrepräsentiert ist, gefährdet das die demokratische Legitimation.

Auch Ilona Dausmann lebt von Hartz IV. Doch die Pirmasenserin hat die Hoffnung auf politische Veränderung noch nicht ganz aufgegeben. Anders als Mario Linn war sie wählen. Zum ersten Mal in ihrem Leben hat sie ihr Kreuz nicht bei der SPD gemacht, sondern ihre Stimme den Grünen gegeben. Gefragt nach ihren Wünschen, klingen die bescheiden: Hundert Euro mehr im Monat beim Hartz-IV-Regelsatz, 550 statt bisher 446 Euro. Das fände sie gut. Außerdem müsse der Mindestlohn erhöht werden, findet Ilona Dausmann.

Die Fünfzigjährige arbeitet, wie Mario Linn, unentgeltlich in der Kirchbergwerkstatt in Pirmasens, nur wenige hundert Meter von ihrer Wohnung entfernt. In der Gruppe der »Kreativen« stellt sie Kunsthandwerk her. Auch einen Ein-Euro-Job hatte sie dort schon. Für einen Euro in der Stunde arbeiten? Für sie ist das selbstverständlich: »Ich bekomme schließlich Geld vom Staat, also nehme ich jede Arbeit, die man mir anbietet.«

Am runden Holztisch in ihrer Küche berichtet sie von den vielen zermürbenden »Maßnahmen« des Job-Centers, an denen sie schon teilgenommen hat. Wochenlange Bewerbungstrainings oder Praktika, die aber nie zu einer Anstellung führten. »Aber ich gehe immer hin, sonst werde ich sanktioniert.« Das Geld ist so schon knapp. Am Monatsende reicht es oft nicht einmal mehr, um Brot zu kaufen. Einmal die Woche geht sie zur *Tafel*. »Das ist nicht schön, aber es hilft mir sehr.«

Ihre Wohnung liegt in einem heruntergekommenen Haus, doch sie hat sie gemütlich eingerichtet, die stabilen Küchenstühle eigenhändig mit buntem Schachbrettmuster bemalt. Sie lebt mit ihrem Sohn zusammen, der eine Ausbildung bei einem Elektromarkt macht. Von seinem Azubi-Gehalt darf er nur 170 Euro im Monat behalten, der Rest wird auf Ilona Dausmanns Regelsatz angerechnet, also nicht ausgezahlt. »Es tut mir weh, dass ihm so wenig bleibt.«

Die Hoffnung, noch eine richtige Arbeitsstelle zu finden, hat die Fünfzigjährige fast schon aufgegeben. »In dieser toten Stadt ist das sehr schwer«, sagt sie und zeigt auf die Hügel vor ihrem Küchenfenster. Pirmasens, am Rand des Pfälzer Walds gelegen, hat sich vom Wegzug der Schuhindustrie nie richtig erholt. Vor etwa fünfzig Jahren brach der wichtigste Wirtschaftszweig der Region zusammen, viele Menschen verließen die Stadt. Heute sind elf Prozent der Einwohner arbeitslos.

Hoffnungslosigkeit und allenfalls der bescheidene Wunsch, ein bisschen mehr Geld vom Staat zu erhalten – das ist nicht der Stoff, aus dem Protest erwächst oder der Wunsch, politisch etwas zu bewegen. Die Journalistin Anna Mayr kennt diese Haltung: »Mehr Geld für Arme zu fordern ist allgemein verpönt. Die Ächtung arbeitsloser Menschen ist gesellschaftlich so internalisiert, da sind Betroffene nicht ausgenommen.« Die *Zeit*-Redakteurin ist selbst in einer armen Familie aufgewachsen. In ihrem Buch »Die Elenden« geht sie dem widersprüchlichen Verhältnis der Gesellschaft zu ihren Arbeitslosen nach. Einerseits würden sie verachtet, andererseits brauche

man sie. Die Armut von Hartz-IV-Beziehern sei als abschreckendes Beispiel wichtig, um alle anderen zum Arbeiten unter teils schlechten Bedingungen anzuhalten.

Etwa sechs Millionen Menschen leben in Deutschland von Hartz IV. Woran liegt es, dass es Demonstrationen für eine bessere Klimapolitik oder gegen die Corona-Maßnahmen gibt, aber keine für höhere Hartz-IV-Sätze? Wer arbeitslos ist, soll sich bemühen, diesen Zustand zu beenden. Das erste Ziel soll sein, Arbeit zu finden. »Die Gruppe darf also eigentlich nicht existieren«, sagt Anna Mayr. Mit der Agenda 2010 und der Einführung der Hartz-Gesetze sei außerdem ein neuer Konkurrenzkampf am unteren Ende der Gesellschaft geschaffen worden. Eigenverantwortung und Leistung seien das Wichtigste. Das macht Solidarität innerhalb der Gruppe schwer.

POLITISCH NICHT ZUGEHÖRIG

Das lässt sich auch in Pirmasens beobachten: Mario Linn versucht, sich von anderen Arbeitslosen zu distanzieren. Es nervt ihn, wenn andere Hartz-IV-Bezieher jammern, wie schlecht es ihnen geht. Er sei anders als die Arbeitslosen, die man im Fernsehen sehe, sagt er. Politisch zugehörig fühlt er sich nirgendwo. Früher, als er noch in Kaiserslautern wohnte, hat er sich für einen Lokalpolitiker der Linken begeistert, einen Gewerkschafter. Und noch früher rieten ihm seine Eltern dazu, die *Republikaner* zu wählen. Mario Linn sucht nicht nach einer Partei, die sich besonders für Arbeitslose einsetzt. Er ist damit beschäftigt, diesen Status zu verlassen.

Oft heißt es, die Abgehängten wählen vor allem rechte Parteien. Butterwegge widerspricht: »Die sogenannten Abgehängten sind Menschen, die schon lange ganz unten sind.« Etwa jeder zweite Hartz-IV-Bezieher erhält das Arbeitslosengeld schon vier Jahre oder länger. Wer so lange ohne Chancen sei, gehe nicht zur AfD. »Der geht politisch nirgendwo mehr hin, weil er resigniert hat.«

Auf Mario Linn zumindest trifft das zu: Er ärgert sich zwar, dass er noch keinen Impftermin hat. Und schüttelt über manche Hartz-IV-Maßnahme den Kopf. Aber seine Kritik bringt er nicht per Wahl zum Ausdruck. Und für seine Lage macht er sich selbst verantwortlich. Seit seiner Jugend hat er Probleme mit Drogen und Alkohol, verlor dadurch immer wieder seinen Job. Deswegen ist er dankbar für das, was er heute hat. Seit 31 Monaten ist er clean und voraussichtlich kann er bald in der Werkstatt in eine Festanstellung wechseln. Hartz IV hätte er dann hinter sich. Er und seine Freundin würden sich gerne ein Auto kaufen, vielleicht in eine etwas größere Wohnung ziehen. »In Pirmasens sind die Mieten ja billig«, sagt er.

Auch Ilona Dausmann stellt das System nicht infrage. Was fehlt ihr? Die Freiheit, mal in einem Imbiss oder Restaurant etwas zu essen. Kleidung zu kaufen, die nicht secondhand ist. Sie beschwert sich nicht darüber, dass das nicht geht. Denn zuallererst ist sie froh, dass sie überhaupt etwas bekommt. »Gott sei Dank, dass das in Deutschland so ist«, sagt sie. Hätte sie etwas mehr Geld, würde sie ihre Mutter gerne besuchen. Die wird im Som-



» Ich nehme jeden Ein-Euro-Job, den man mir anbietet

Ilona Dausmann

mer siebzig Jahre alt. Das Zugticket nach Dormagen in Nordrhein-Westfalen kann sie sich selbst zu deren Geburtstag vermutlich nicht leisten. Geld ist bei ihr so knapp, dass unerwartete Ausgaben sie vor große Schwierigkeiten stellen. Vielleicht lagern in ihrer Küche deshalb so viele Vorräte. Nudeln und Milch, ordentlich verstaut, und Waschpulver in großen Boxen – wenn das Geld einmal ausgeht, hat sie vorgesorgt.

Beide, Linn und Dausmann, gehören nicht zu denen, die es sich in der sozialen Hängematte gemütlich gemacht haben, wie es oft heißt. Aber sie fordern auch nichts vom Staat oder von der Politik. Eine freundlichere Behandlung auf dem Amt etwa, oder einen Hartz-IV-Satz, der für mehr reicht als fürs Überleben. Anders als der Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge und die Journalistin Anna Mayr sind Ilona Dausmann und Mario Linn nicht grundsätzlich unzufrieden mit einem System, das Ungleichheit reproduziert und in dem Armut zur Abschreckung gebraucht wird. Sie haben sich damit abgefunden, dass sie nicht nur weniger verdienen, sondern offenbar auch weniger verdient haben als andere.

So ähnlich geht es Millionen armer und arbeitsloser Menschen in Deutschland. Sie beschweren sich nicht lauthals. Indem sie Wahlen fernbleiben, zeigen sie aber, dass sie keine Erwartungen an die Politik haben. Der Politikwissenschaftler Butterwegge ist überzeugt: Eine bessere Sozialpolitik könnte helfen, sie zurückzuholen. Wenn sichtbar Politik für Arme gemacht würde, würden diese sich auch wieder aktiv am demokratischen Prozess beteiligen. Dann wäre zumindest gegen die politische Ungleichheit etwas getan. ◆